
Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem Castor ist vor dem Castor! Kaum hat der jüngste Atomüll-Transport aus Frankreich sein Ziel in Gorleben erreicht, da spitzt sich die Auseinandersetzung um drohende Castortransporte von Jülich nach Ahaus zu. Mehr dazu, und auch zu vielen anderen Themen, aktuell in diesem Newsletter.

Bitte versucht die in den einzelnen Beiträgen erwähnten Termine bestmöglich wahrzunehmen. Quasi „in eigener Sache“ legt Euch der BBU einen Workshop am 19. Januar in Bonn ans Herz: „Klimawandel und Normung“ (s. unten).

An dieser Stelle noch ein Hinweis: Bevor der Nikolaus am 6. Dezember Schuhe und Stiefel mit möglichst fair gehandelten und kontrolliert-biologisch hergestellten Süßigkeiten füllt, gilt es noch zuerst am Wochenende die Aktionen der Friedensbewegung in Bonn zu unterstützen: <http://www.afghanistanprotest.de>.

Die BBU-Geschäftsstelle, der BBU-Vorstand und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch möglichst angenehme, vorweihnachtliche Dezembertage.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE Spende ...

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

19.01.2012: BBU-Workshop „Klimawandel, Energie, Anpassung an den Klimawandel und Normung“

(UB) Der BBU plant für den 19. Januar 2012 einen Workshop zum Thema „Klimawandel, Energie, Anpassung an den Klimawandel und Normung“. Der Workshop wird in Bonn stattfinden. Der genaue Ort und Informationen zum Programm werden im nächsten BBU-Newsletter veröffentlicht. Bei Interesse können bereits vorab Informationen in der BBU-Geschäftsstelle erfragt werden.



Kazuhiko Kobayashi sucht wissenschaftlichen Austausch

(UB) Im Oktober hat der BBU, in Kooperation mit örtlichen Gruppierungen, eine bundesweite Vortragsreise mit Kazuhiko Kobayashi aus Japan durchgeführt. In eindrucksvollen Worten hat Herr Kobayashi über die Situation in und um Japan informiert. Inzwischen ist Herr Kobayashi wieder in Japan, möchte aber mit dem BBU und weiteren AtomkraftgegnerInnen in der Bundesrepublik im Kontakt bleiben. Sehr interessiert ist er an einem Informationsaustausch bezüglich der Strahlenschäden, die in Fukushima und anderswo drohen. Hierzu ist er besonders an Kontakten zu WissenschaftlerInnen und ÄrztInnen interessiert. Bei Interesse kann über den BBU Verbindung zu Herrn Kobayashi aufgenommen werden.

BBU-Pressemitteilungen

(UB) Aktuelle Pressemitteilungen des BBU, sowie früher erschienene, kann man hier nachlesen:

<http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

BBU-Materialversand

(UB) BBU-Materiallisten sind auf der BBU-Homepage unter <http://www.bbu-online.de/Materialversand/Versand.html> zu finden. Es gibt ein reichhaltiges Angebot an Aufklebern und Buttons. Sie bieten nach wie vor eine sehr gute Möglichkeit umweltpolitische Meinungen in deutlich sichtbarer Form in die Öffentlichkeit zu bringen. Die lachende Anti-Atomkraft-Sonne ist ein unverkennbares Symbol und auch die anderen Motive beinhalten klare Aussagen. Und: Wer Buttons und Aufkleber beim BBU bestellt, unterstützt den BBU damit finanziell - und ein möglichst gut abgesicherter BBU kann auch wiederum bestmöglich Bürgerinitiativen bei der Arbeit vor Ort helfen.



Hans Günter Schumacher wurde mit der Deutschen Naturschutzmedaille ausgezeichnet

Der langjährige Vorsitzende der Deutschen Umweltstiftung, Hans Günter Schumacher, wurde mit der Deutschen Naturschutzmedaille ausgezeichnet. Mit der Vergabe der Deutschen Naturschutzmedaille ehrt der Deutsche Naturschutzring (DNR) Menschen, Projekte, Maßnahmen oder Leistungen, die in herausragender, vorbildhafter und origineller Weise zum Schutz und der Erhaltung der Natur und Umwelt beigetragen haben oder in Zukunft beitragen werden. Die Deutsche Naturschutzmedaille wurde 2007 ins Leben gerufen und zuvor erst einmal vergeben.

Hans Günter Schumacher (Jahrgang 1934) übte seit 1968 ehrenamtliche Führungsfunktionen in Natur- und Umweltschutzverbänden aus, z.B. als führendes Vorstandsmitglied des BBU.

Quelle: Pressemitteilung vom 24.11.2011; vollständiger Text unter <http://www.deutscheumweltstiftung.de>. Die Deutsche Umweltstiftung ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

2. Themenbereiche

Asbest

Asbesttransport

(UB) Mit einer gigantischen Transportserie soll eine Asbest-Deponie in Wunstorf-Luthe (Niedersachsen) „entsorgt“ werden. Vorläufig wurde der Abtransport allerdings gestoppt. Informationen unter

<http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Region/Calenberger-Land/Wunstorf/Niemand-will-den-krebserregenden-Asbestmuell>.

Asbestgefahren

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat aktuell vor Gefahren gewarnt, die von Asbestfasern ausgehen: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/aufmacher/lokalnews/Saarbruecken-IG-Bau-Asbest-Gefahr:art27857,4072104#.Ttbls1bZJaw>.

Auch in der Schweiz ist der Umgang mit Asbest nach wie vor ein brisantes Thema:

<http://www.blick.ch/news/schweiz/verjaehrung-fuer-personenschaeden-umstritten-125301>

Atomindustrie

Der diesjährige Castor-Transport hat Gorleben erreicht – „Der Castor-Transport ist am Ende, wir noch lange nicht!“

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) bilanziert: „Der Castor-Transport ist am Ende, wir noch lange nicht!“ Ob 23.000 Menschen auf der Großdemo in Dannenberg, 5000 im Gleisbett bei Harlingen, eine 14stündige Schienenblockade der Bauern: Der heftige Widerstand gegen diese Atommüllfuhr habe gute Gründe: „Das Hin- und Herkutschieren von Atommüll hat nichts mit der Lösung des Atommüllproblems zu tun.“

„Alle reden von der Rekordzeit, die der Transport für die 1.200 Bahn- und die 20 Straßenkilometer gebraucht hat. Wir reden von den politischen Zielen des Protests“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Die vielfältigen Störaktionen, Blockaden und die eindrucksvolle Großdemonstration sind nötig, um unseren Argumenten Gehör zu verschaffen. Aktionen und Argumente gehen Hand in Hand. Wir fordern die Aufgabe Gorlebens als Endlagerstandort, denn Gorleben steht für all die Fehler der 70er Jahre, in der auch das Asse-Desaster seinen Lauf nahm. Wir lehnen faule politische Kompromisse strikt ab. Alle Atomkraftwerke müssen und können sofort stillgelegt werden und die Atommülldebatte muss völlig neu geführt werden.“

Die Gorleben-Gegner gehen davon aus, dass die genehmigten Strahlenwerte am Zaun des Lagers mit der Einlagerung dieser Castoren überschritten werden und dass dieser Transport noch lange nicht der letzte in der Gorleben-Geschichte sein wird. „Wir gehen weiter auf die Straße und mischen uns ein, denn dieser Castor war nicht der letzte, sondern das Letzte.“

Im Jahr 2014 sollen Castoren mit mittelaktiven Abfällen aus La Hague nach Gorleben rollen, aus der britischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield sollen vier Fuhren mit 21 Castoren folgen.

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 28.11.2011. Die BI ist Mitglied im BBU; Infos: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>. Foto: (c) aaa-West.



Gorleben / Weiterhin vielfältige Aktionen und Proteste der Anti-Atomkraft-Bewegung

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sieht in den massenhaften Protesten gegen den Castor-Atommülltransport nach Gorleben ein deutliches Zeichen dafür, dass von weiten Teilen der Bevölkerung der Weiterbetrieb von zahlreichen Atomkraftwerken und sonstigen Atomanlagen nicht toleriert wird.

Der BBU bedankt sich bei allen Aktiven in Frankreich, in Süddeutschland und in Norddeutschland, denen es in den letzten Tagen immer wieder gelungen ist, den hochgefährlichen Castortransport kreativ auszubremsen.

Nach der Ankunft des Atommülls im Gorlebener Castor-Lager ist es für den BBU wichtig, dass die Bundesregierung endlich alle Atomtransporte verbietet und das Endlagerprojekt Gorleben als untauglich und für gescheitert erklärt.

Der BBU fordert grundsätzlich die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird es weiterhin vielfältige Aktionen und Proteste der Anti-Atomkraft-Bewegung geben. Auf der Tagesordnung der Bewegung steht bereits der 11. März, der erste Fukushima-Jahrestag. Und kurzfristig findet beispielsweise am 18. Dezember eine Demonstration am westfälischen Castor-Atommüll-Lager in Ahaus statt. Sie richtet sich besonders gegen drohende Castortransporte von Jülich nach Ahaus, die in 2012 drohen. Mit einer internationalen Urankonferenz in Münster sollen zudem am 4. Februar die weltweite Verflechtung der Atomindustrie und der unsägliche Uranabbau in das Blickfeld einer breiten Öffentlichkeit gestellt werden. Außerdem weist der BBU auf die Möglichkeit des Stromwechsels als sinnvolle Protestform hin: Es ist möglich Strom zu beziehen, der ohne Atomstromanteil angeboten wird. Weitere Informationen über die BBU-Stromwechsellkampagne und über die anderen Aktivitäten des BBU gibt es unter www.bbu-online.de.

Einige weitere wichtige Informationsquellen: Protest im Wendland: www.bi-luechow-dannenberg.de, Demonstration in Ahaus (18.12.): www.kein-castor-nach-ahaus.de, Internationale Urankonferenz (4.2.): www.urankonferenz2012.de.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 29.11.2011. Ganzer Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/29.11.11.html>.

Röttgen hält an Gorleben fest

BI Umweltschutz "Politischer Starrsinn"

Trotz des heftigen Widerstands gegen den Castor-Transport ins Zwischenlager Gorleben und den weiteren Ausbau des Atommüllendlagers im benachbarten Salzstock gibt sich der Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) unbeeindruckt: Er sieht keinen Grund, den Bau zu stoppen und verweist auf den Beschluss der Vertreter aller 16 Bundesländer, die Mitte November beschlossen hatten, bis Mitte 2012 an einem Entwurf für ein Endlagersuchgesetz zu arbeiten.

"Genau dieser politische Starrsinn Röttgens ist es, der uns empört und der zu dem Protest-Rekord im Wendland beigetragen hat", sagte der Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), Wolfgang Ehmke. Schon der Dialog-Versuch Röttgens war gescheitert, weil er erst vollendete Tatsachen mit dem Weiterbau in Gorleben schuf und dann mit den Kritikern reden wollte. "Ein Baustopp in Gorleben ist das Mindeste, um Vertrauen zu schaffen, aber auf dem Regierungsplaneten in Berlin ist man weit weg von der Wirklichkeit."

Die atomkritische Mehrheit im Kreistag Lüchow-Dannenberg, die Naturschutzverbände, die Bäuerliche Notgemeinschaft und die Bürgerinitiative Umweltschutz hatten anlässlich des 13. Castor-Transports die Aufgabe Gorlebens als Endlagerstandort gefordert, weil die angeblich "weiße Landkarte" längst einen dunklen Fleck enthält, nämlich Gorleben. "Wir werden uns nach dem Demo-Geschehen nicht zurücklehnen, sondern im Schulterschluss mit diesem Bündnis und bundesweiter Unterstützung dafür sorgen, dass das Gorleben-Kapitel abgeschlossen wird", so Ehmke.

Die nächste Demonstration findet am Sonntag um 13 Uhr rund um den "Schwarzbau Gorleben" statt.

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 30.11.2011. Die BI ist Mitglied im BBU; Infos: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>

Castor-Entscheidung in Jülich „schwarzer Tag für NRW“:

Mit großer Empörung reagieren die Anti-Atomkraft-Initiativen aus Jülich, Ahaus und dem Münsterland auf die Entscheidung des Aufsichtsrats des Forschungszentrums Jülich, auf dem Abtransport der 152 „West-Castoren“ von Jülich nach Ahaus zu bestehen. Sollten die West-Castoren in LKW-Konvois à zwei Castoren über die NRW-Autobahnen rollen, so wären 76 (!) Einzeltransporte nötig, also über einen Zeitraum von 1,5 Jahren jeweils einer pro Woche!

„Die Bundesregierung hat mit ihrer Stimmenmehrheit ohne Rücksicht auf Verluste eine völlig unsinnige Entscheidung durchgedrückt. Bundesforschungsministerin Schavan und Bundesumweltminister Röttgen handeln verantwortungslos und ohne jede Einsicht. Sie haben kein Konzept für die Atommüllentsorgung und wollen deshalb den Atommüll einfach von einer Zwischenlagerhalle in die andere verschieben. Wir werden das aber nicht tatenlos hinnehmen, sondern entschlossenen und kreativen Widerstand organisieren,“ so Felix Ruwe von der BI „Kein Atommüll in Ahaus“.

„Das ist nicht nur ein schwarzer Tag für Ahaus, sondern für Nordrhein-Westfalen insgesamt. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, sämtliche politischen und juristischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um diesen Castor-Wahnsinn zu verhindern. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft muss jetzt persönlich dafür kämpfen, Röttgens Castor-Pläne zu stoppen,“ so Matthias Eickhoff von der Initiative SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster.

„Das Forschungszentrum Jülich und die Bundesregierung setzen ohne Not auf Konfrontation, das ist sehr bedenklich. Das Forschungszentrum versucht, sich der äußerst problematischen hochradioaktiven Altlasten allein aus Imagegründen zu entledigen. Für die 152 West-Castoren gibt es keinerlei gesicherte Endlagerung, wir lehnen deshalb die Castor-Transporte nach Ahaus ab und werden gemeinsam mit den Initiativen aus dem Münsterland auf die Straße gehen,“ so Siegfried Faust vom Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ in Jülich.

Zum Auftakt der Proteste rufen die Anti-Atomkraft-Initiativen aus Ahaus und Jülich gemeinsam für Sonntag, 18. Dezember, um 14 Uhr zu einer Demonstration vor dem Atommülllager in Ahaus auf.

Aus Platzgründen leicht gekürzte Pressemitteilung Münsterländer Anti-Atomkraft-Initiativen vom 30.11.2011. Selbstverständlich unterstützt auch der BBU den Protest gegen die hochgefährlichen Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus! Weitere Informationen unter www.sofa-ms.de, www.kein-castor-nach-ahaus.de, www.westcastor.de.

CO2-Endlagerung

Pressemitteilung der Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. vom 29.11.2011 zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen des Landtages

In der Aktuellen Stunde des Landtages zum Thema CCS am 5. Oktober 2011 haben sich die Fraktionsvorsitzenden für einen gemeinsamen Antrag ausgesprochen, mit dem die Landesregierung zu einer Bundesratsinitiative für ein bundesweites CO2-Endlagerverbot aufgefordert werden soll. Zur Unterstützung dieses gemeinsamen Antrags überreichte heute der Pressesprecher der Bürgerinitiative gegen das CO2-Endlager, Dr. Reinhard Knof, dem Landtagspräsidenten Geerds rund 5.000 Unterschriften, die diese Bundesratsinitiative unterstützen.

Die Bürger erwarten von Ihren gewählten Vertretern ein gemeinsames Vorgehen gegen jeden Versuch, in Schleswig-Holstein oder der Nord- und Ostsee CO2-Endlager zu errichten. Die Fähigkeit der einzelnen Parteien, auf Bundesebene die berechtigten Interessen Schleswig-Holsteins zu vertreten wird gerade in dieser Angelegenheit von den Wählern sehr aufmerksam beobachtet. Nachdem im Vermittlungsausschuss völlige Blockade herrscht ist jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, um ein EU-konformes CO2-Endlagerverbot in Deutschland auf den Weg zu bringen. Wir unterstützen unsere Landtagsabgeordneten darin, dieses Gesetzgebungsverfahren über unsere Landesregierung gemeinsam anzustoßen.

Quelle: <http://www.kein-co2-endlager.de/downloads/presse/PM-29.11.11-1.pdf>. Die Bürgerinitiative gegen das CO2-Endlager e.V. ist eine Mitgliedsinitiative des BBU. Mehr Informationen unter <http://www.kein-co2-endlager.de>.

Energiewende

BBU fordert 100.000 Blockheizkraftwerke

Ein schnelles Handeln auf dem Weg zur Energiewende hat BBU angemahnt. Im Rahmen eines Workshops des Bundesumweltministeriums hat der BBU gefordert, dass

- 1) schnellstens weitere Demonstrationsanlagen zur Umwandlung von – vor allen Dingen überschüssigem - Strom aus Windkraft- und Solar-Anlagen in Wasserstoff errichtet werden,
- 2) dazu gehörige Einspeisungen des Wasserstoffs in das Erdgasnetz erfolgen und
- 3) ein gutdotiertes Programm zur Schaffung von mindestens 100.000 Blockheizkraftwerken zum Einsatz dieses zusätzlich gewonnenen Wasserstoff-Erdgasgemisches aufgelegt wird.

Jürgen Rochlitz, Teilnehmer dieses Workshops, führte aus, dass mit einem solchen Programm sowohl das leidige Speicherproblem als auch die von den Stromnetzbetreibern geforderten tausende Kilometer Leitungen zu großen Teilen erledigt wären. Rochlitz ist Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des BBU. „Das Netz der Erdgasleitungen kann nach Abschätzungen der Klimaallianz Freiburg (Autoren: Nikolaus Geiler und Jörg Lange) ein Vielfaches des aus Wind- und Solarstrom erzeugten Wasserstoffs aufnehmen. Und mit dieser Einspeisung des Wasserstoffs wird eine Vielzahl von sonst zusätzlichen Stromtrassen nicht benötigt – eine deutliche Entlastung für Bürger und Landschaften.

Die gerade gestarteten Pilotanlagen in Prenzlau (Uckermark) und in Pritzwalk (Prignitz) müssen schnellstens durch weitere, größere Demonstrationsanlagen ergänzt werden. Doch der entscheidende Punkt ist, dass dazu eine Vielzahl – wir fordern im ersten Schritt 100.000 pro Jahr – von Blockheizkraftwerken installiert werden, die in der Lage sind, mit diesem Wasserstoff-Erdgas-Gemisch Strom und Wärme zu erzeugen. Dieser Strom sollte den bei Flaute und geringer Sonnenscheindauer nicht vorhandenen Regenerativstrom weitgehend ersetzen können“. so Rochlitz wörtlich.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 22.11.2011. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/22.11.11.html>.

Fracking

Bohrschlamm-Unfall

(UB) Über einen Transportunfall mit giftigen Bohrschlämmen berichtete Ende November die Bürgerinitiative Breitbrunn. Informationen dazu unter

<http://www.gegen-gasbohren.de/2011/11/30/rag-austria-gesteht-bohrschlaemme-unfall-in-assing>.

Gewässerschutz

VSR-Gewässerschutz

(UB) Den aktuellen Rundbrief des VSR-Gewässerschutz findet man im Internet unter

<http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/Rundbrief+03+2011.pdf>

Der VSR ist eine Mitgliedsorganisation des BBU; Infos: <http://www.vsr-gewaesserschutz.de>.

Landwirtschaftspolitik

Liebe MitstreiterInnen für eine bäuerliche, faire und gesunde Landwirtschaft,

am 21. Januar 2012 gehen wir - VerbraucherInnen, TierschützerInnen, UmweltschützerInnen, ImkerInnen, Bäuerinnen und Bauern - wieder gemeinsam auf die Straße. Denn am selben Tag lädt die Bundesregierung im Rahmen der Grünen Woche erneut zum Internationalen Agrarministertreffen. Nach dem überwältigenden Erfolg der letzten Demo fordern wir unter dem Motto "Bauernhöfe statt Agrarindustrie" immer noch: es ist Zeit zum Umdenken!

Weitere Informationen findet ihr auch auf unserer Homepage. www.wir-haben-es-satt.de

Falls ihr Fragen, Anregungen oder Ideen habt oder z.B. größere Mengen Material bestellen wollt, wendet euch bitte ans Orga-Büro unter info@wir-haben-es-satt.de oder 030-28482438.

Herzliche Grüße, Iris Kiefer für das Demo-Organisations-Team. (Aus Platzgründen gekürzte E-Mail von Iris Kiefer an den BBU).

Müllverbrennung

Mahnwache für ein gesundes Wertachtal vom 4.11.2011

Thema: Bayerns zweitgrößte Abfallverbrennungsanlage wird nach fast vier Jahre dauernden Widerstandes nicht gebaut

Auszüge aus der Eingangsrede von Dr. Joachim Herbold:

Um das Aus für dieses industrielle Großprojekt richtig würdigen zu können, müssen wir uns nochmals vor Augen führen, was hier mit Bayerns zweitgrößter Abfallverbrennungsanlage tatsächlich geplant war. Wer kann fassen, was eine Jahreskapazität von 408.000 t Abfälle bedeutet hätte.

Es gibt viele Faktoren, die zum Rückzug des Genehmigungsantrags, zu diesem „Ausgebrannt“, wie es die Zeitungen nannten, beigetragen haben. Wir alle wissen aber auch, dass ohne den Widerstand der gesamten Region hier schon längst gebaut würde und es kein Zurück mehr gäbe.

Ein Höhepunkt in der Auseinandersetzung war sicherlich der achttägige Erörterungstermin, der im Mai und Juli 2009 im Maristenkolleg in Mindelheim durchgeführt wurde. Hier galt es für uns die 10.900 Einwendungen gegenüber der Fa. Lang Papier und der Genehmigungsbehörde zu verteidigen. Die Finanzierung des Erörterungstermins war dabei ein finanzieller Kraftakt: ca. 70.000 € mussten dafür aufgebracht werden. Zu diesem Zweck wurde im April 2008 der gemeinnützige Verein „Gesundes Wertachtal“ gegründet. Zudem ließen sich viele Städte und Gemeinden der Region – Ettringen jedoch ausgeschlossen – von uns auf dem Erörterungstermin vertreten und beteiligten sich zu ca. 50% an den Kosten des Erörterungstermins.

Anfang 2011 ist die Bürgerinitiative Schwabmünchen/Hiltentfingen dem BBU, dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., beigetreten. Mit unserer Mitgliedschaft in diesem wichtigen Bundesverband haben wir uns ganz bewusst mit anderen ökologischen Initiativen vernetzt. Und wir stellen damit unser Wissen und unsere Erfahrungen aus fast vier Jahren Kampf gegen Bayerns zweitgrößte Abfallverbrennungsanlage auch anderen Gruppierungen zur Verfügung, die sich an anderen Orten Deutschlands gegen ähnliche Vorhaben zur Wehr setzen müssen. Im August-Newsletter des BBU erschien auch ein Artikel mit Bild über uns.

Hintergrundinformationen unter www.MahnwacheGesundesWertachtal.de. Die BI ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

Natur- und Artenschutz

Bündnis Heideterrasse e.V. - Dezembertermine

(UB) Aktuelle Veranstaltungshinweise des Bündnis Heideterrasse e. V. findet man im Internet unter <http://www.heideterrasse.net/veranstaltungen.php>. Das Bündnis ist Mitglied im BBU; Infos: <http://www.wahnerheide.net>.

Normung

Europa in Bonn: Europäische und internationale Normung in der Diskussion - Ralf Lottes von ECOS besucht die BBU-AG „Umwelt und Normung“

„Die europäischen Umweltverbände müssen von ihren Regierungen finanziell besser ausgestattet werden, damit sie in ganz Europa in der Normungsarbeit mit den Konzernen besser mithalten können. Dies ist ein Gebot der Demokratie zur Stärkung der Zivilgesellschaft in der Normung!“ Diese Forderung vertrat Jürgen Rochlitz, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstands des Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), im Gespräch mit Ralf Lottes, Geschäftsführer von ECOS (European Environmental Citizens' Organisation for Standardisation) auf der Sitzung der BBU-AG „Umwelt und Normung“ des BBU mit Nachdruck.

Ralf Lottes stellte die Aufgaben und Strukturen der 2001 gegründeten Organisation ECOS dar. Er und seine drei MitarbeiterInnen initiieren Stellungnahmen zu Normungsvorschlägen von CEN (Europäische Komitee für Normung) und CENELEC (Europäisches Komitee für Elektronische Normung), ISO (International Organization for Standardization) und IEC (International Electrical Commission). Inhaltliche Schwerpunkte sind die Normen zum Ökodesign, insbesondere zum Energieverbrauch von Haushaltsgeräten sowie zu Sekundärbrennstoffen. Bei Normen zu Flammenschutzmitteln konnte in den letzten Jahren eine Senkung der erlaubten Verwendung von Flammenschutzmitteln in Geräten der Unterhaltungselektronik erreicht werden, so dass die Gesundheitsgefahren deutlich reduziert wurden. Informationen über die Arbeit von ECOS sind im Internet unter www.ecostandard.org und über die Arbeit des BBU unter www.bbu-online.de zu finden.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 18.11.2011. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/18.11.11.html>.

Stuttgart 21

Der BBU unterstützt den weiteren Widerstand gegen das Projekt Stuttgart 21

Der BBU unterstützt den weiteren Widerstand gegen das Projekt Stuttgart 21. Sonntag (4. Dezember) findet ein großer Ratschlag im Stuttgarter Rathaus statt. Motto: Wie geht's weiter nach der Volksabstimmung? Beginn ist um 10.00 Uhr.

Angesichts der Volksabstimmung über das Großprojekt Stuttgart 21 (S 21) am Sonntag fordert der BBU bei Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren für alle größeren Projekte eine frühzeitige, sowie vor allem eine insgesamt bessere Beteiligung der betroffenen Bürger. Erforderlich sind bessere und transparente Informationen, bürgernahe Auslegungen der Pläne, verlängerte öffentliche Auslegungs- und Einspruchszeiten nicht in den Ferien und freie Unterschriftensammlungen.

Einige wichtige Informationsquellen zu den Themen Stuttgart 21, Bahnpolitik und Volksabstimmungen:

Parkschützer: www.beiabrissaufstand.de, Aktionsbündnis K 21 / Ja zum Kopfbahnhof: www.kopfbahnhof-21.de,

Bündnis Bahn für Alle: www.bahn-fuer-alle.de, Mehr Demokratie e. V.: www.mehr-demokratie.de.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 30.11.2011. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/30.11.11.pdf>

Tonergerfahren

Stiftung nano-Control im NDR

Am 5.12. wird voraussichtlich in der Sendung „Markt“ (NDR-Fernsehen) um 20:15 Uhr ein Bericht über Tonergerfahren und über die Stiftung nano-Control gezeigt. Die Stiftung ist Mitglied im BBU. Informationen über die Stiftung (und Aufkleber, s. Abbildung) gibt es im Internet unter <http://www.nano-control.de>. Für die Sendung gibt es zwei Wiederholungstermine: 6.12.2011 (1:45 Uhr) und 7.12.2011 (6:00 Uhr).

**Laserdrucker
können
Ihre Gesundheit
ruinieren**

Umwelterkrankungen

7. Dezember: Informationsveranstaltung über Umwelterkrankungen

Ich recherchiere seit ca. 4 Jahren wegen meiner Umwelterkrankung und bin juristisch aktiv. Ich wurde durch Legionellen und Umweltchemikalien gesundheitlich geschädigt. Nachweislich wurden und werden zahlreiche Menschen (ca. 1 Million Menschen) durch Umweltchemikalien belastet. Meine Recherchen erbrachten, dass Gesetze zum Arbeitsschutz hinsichtlich Asbest, Teer, PAK, Formaldehyd, Nanopartikel etc., sowie für Schimmel, auch für Wohnräume und Schulen gelten bzw. gelten müssten, aber von den Politikern und Fachbeauftragten nicht umgesetzt werden.

Ich habe verschiedene Verantwortliche und betroffene Bürger zu einer Informationsveranstaltung am 07.12.11 in Berlin, Treffpunkt "Kiezspinne" Schulze-Boysenstr.38, 10365 Berlin, eingeladen. Beginn: 17.00 Uhr. Ziel ist es, darüber zu berichten, welche Ergebnisse und Ermittlungen die Verantwortlichen erbrachten und gleichzeitig aufzufordern, unsere Ziele, die Versorgungsmedizinischen Grundsätze, Leistungskatalog der Krankenkassen für Umwelterkrankte, wieder aufzunehmen, und Asbestschutz für alle, nach den Gesetzen durchzusetzen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn möglichst viele Mitmenschen an der Veranstaltung teilnehmen würden. Umweltchemikalien belasten viele Menschen, viele kennen die genaue Ursache ihrer Erkrankungen nicht, viele sind hilflos und ratlos. Doch gemeinsam kann man viel erreichen und es ist immer sinnvoll, Informationen auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Weiterführende Informationen findet man u. a. auf folgenden Internetseiten:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1998:131:0011:0023:DE:PDF>

<http://www.mietrechtslexikon.de/a1lexikon2/g1/gesundheit.htm>

<http://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0710/hauptmm.htm>
<http://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0710/071024.htm>

<http://www.katumwelt.de/icheck/dokumente/asbestrichtlinie-nrw.htm>

<http://www.lebensmittelallergie.info/index.php?topic=319.5:wap2>

<http://www.praxis-hechler.de/vor/cfs/Innenraumbelastung.pdf>

Monika Hoferichter, Berlin (*Über die BBU-Geschäftsstelle kann Kontakt zu Frau Hoferichter aufgenommen werden*).

Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Immer wieder ergeben sich Probleme durch Innenraumschadstoffe in Wohnungen. Der Zusammenschluss Betroffener zur Durchsetzung von Rechten gegenüber VermieterInnen und Behörden ist überaus wichtig. Betroffene können sich gerne zur Vernetzung beim BBU melden. Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf die BBU-AG Innenraumschadstoffe und Gesundheit, Infos unter

<http://www.bbu-online.de/AG%20Innenraumschadstoffe%20und%20Gesundheit/AG%20Vorstellung.htm>

Verkehrspolitik

Buch-Neuerscheinung: „CO₂-Berechnung in der Logistik“ Neuer Standard für CO₂-Ermittlung beim Gütertransport

Das Wochenmagazin VerkehrsRundschau und das Berliner Öko-Institut haben heute eine umfassende Berechnungsmethodik für die Ermittlung von Kohlendioxid - und Treibhausgasemissionen (THG) in der Logistik veröffentlicht. Mit den detailliert beschriebenen Verfahren lassen sich die CO₂- und THG-Emissionen für Gütertransporte per LKW, Bahn, Flugzeug, See- und Binnenschiff sowie bei Lager- und Umschlag ermitteln. Autoren: Andre Kranke, Martin Schmied, Andrea Dorothea Schön, Titel: CO₂-Berechnung in der Logistik. Verlag Heinrich Vogel, München, Erscheinungsjahr: 2011, Umfang: 336 Seiten, Preis: 58,85 Euro, ISBN: 978-3-574-26095-7. Das Öko-Institut ist eines der europaweit führenden, unabhängigen Forschungs- und Beratungsinstitute für eine nachhaltige Zukunft. Das Institut ist an den Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin vertreten. *Aus einer Pressemitteilung des Öko-Instituts vom 12.10.2011. Weitere Informationen unter www.oeko.de. Das Öko-Institut ist Mitglied im BBU.*



Impressum

BBU-Newsletter Nr. 11 / 2011, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.12.2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.